



Für oder gegen Erdogan? Diese Frage spaltet die türkische Gemeinde. Zuletzt kam es auch im Norden zu Demonstrationen von Befürwortern und Gegnern.
Foto Frank Peter

„Erdogans Politik ist nicht akzeptabel“

Die Türkische Gemeinde stellte sich gegen die Verfassungsänderung – Trotzdem stimmten viele Mitglieder mit Ja

19.04.2017 Mittwoch

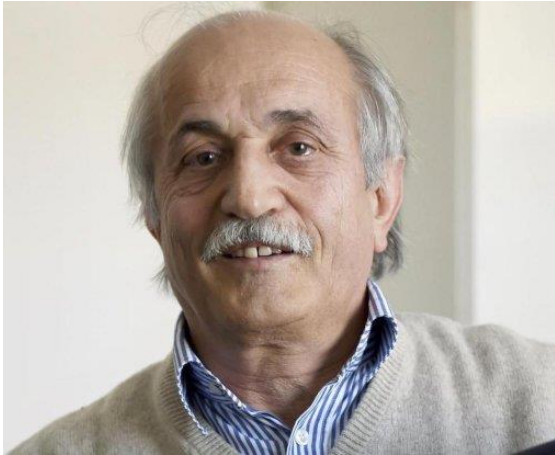
Von Alev Doğan

Für oder gegen Erdogan? Diese Frage spaltet die türkische Gemeinde. Zuletzt kam es auch im Norden zu Demonstrationen von Befürwortern und Gegnern. ©

Kiel. Die Mehrheit der in Norddeutschland lebenden Türken hat für Recep Tayyip Erdogans autokratisches Präsidialsystem gestimmt. Laut der türkischen Wahlkommission haben sich bei dem Referendum 57 Prozent der Wähler in Schleswig-Holstein und Hamburg mit einem „Evet“ (Ja) für die Verfassungsänderung in der Türkei ausgesprochen.

„Das hat mich nicht gewundert“, sagt Cebel Küçükkaraca, Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein. „Ich hatte mit einer knappen Mehrheit gerechnet – für die eine oder die andere Seite.“ Die Türkische Gemeinde hatte ihre Landsleute dazu aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Eine offizielle Empfehlung gab sie auch ab: Nein. „Eine Politik, wie sie Staatspräsident Erdogan im Moment fährt, ist nicht akzeptabel. Wir haben klargestellt, dass diese Politik mit unseren Vorstellungen von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar ist.“ Zu mehreren Veranstaltungen habe die Gemeinde eingeladen, habe versucht, die Konsequenzen der Verfassungsreform aufzuzeigen. „Unsere Bemühungen haben aber offensichtlich nicht gefruchtet.“

Woran liegt das? Küçükkaraca sagt: „Die meisten Menschen, die mit Ja abgestimmt haben, wissen gar nicht, wozu sie Ja gesagt haben. Dass es sich etwa um einen krassen Systemwechsel handelt. Sie stimmten für Erdogan ab, für die diffuse Idee einer stärkeren Türkei – und gegen den Terror.“ Wo er sich auch umgehört habe – in Moscheen, in Vereinen, in Cafés – überall sei es ähnlich gewesen. Hinzu komme eine diffuse Angst. „Obwohl sie am Ende alle alleine in der Wahlkabine stehen, scheinen viele zu glauben, dass sie nicht in die Türkei einreisen können, wenn sie mit Nein abstimmen.“



„Schon in der Grundschule müssen Mädchen und Jungen lernen, was Demokratie bedeutet.“

Cebel Küçükkaraca, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde

Auch die professionellen Parteistrukturen der AKP hätten gewirkt. Die Jugendorganisation der Regierungspartei habe kostenlos Busse von Kiel ins Hamburger Generalkonsulat zur Verfügung gestellt. Auf der anderen Seite seien viele, die eigentlich mit einem Nein abgestimmt hätten, nicht zur Wahl gegangen. „Das darf nicht passieren. Das hat uns das Genick gebrochen“, so Küçükkaraca. Der 62-Jährige war einer von denen, die sich Anfang der 2000-er Jahre für das türkische Wahlrecht in Deutschland eingesetzt hatten. „Nie hätten wir damals wissen können, dass uns das mal zum Verhängnis wird.“ Denn letztlich hätten die hiesigen Stimmen für Erdogan bei einem so knappen Ausgang großes Gewicht gehabt.

Und nun? Muss man die Integration der Türken in Deutschland für gescheitert erklären? „Kein Politiker hat das Recht, eine solche Behauptung aufzustellen, denn sie ist schlicht nicht haltbar“, sagt Küçükkaraca. Wenn von 3,5 Millionen Deutsch-Türken 416 000 Personen für Erdogan abstimmen, sei das immer noch eine Minderheit. „Wenn wir jetzt eine ganze Gesellschaftsgruppe pauschal verurteilen, wenn wir wieder anfangen, die doppelte Staatsbürgerschaft neu zu diskutieren und den Türken per se zum Politikum machen, werden wir viele dieser Menschen vollends verlieren.“ Stattdessen müsse man in politische Bildung investieren. „Schon in der Grundschule müssen Mädchen und Jungen lernen, was Demokratie, Freiheit und Menschenrechte bedeuten und welchen Wert sie haben.“ Zudem müsse die Politik alles dafür tun, um Minderheiten Teilhabe und Chancengleichheit zuzusichern.